

# § 6 HGG 2001 Besoldung länger dienender Soldaten

HGG 2001 - Heeresgebührengesetz 2001

⌚ Berücksichtigter Stand der Gesetzgebung: 07.07.2024

1. (1) Eine Monatsprämie gebührt
  1. 1. Personen im Ausbildungsdienst bis zum Ablauf des zwölften Monats dieser Wehrdienstleistung und Zeitsoldaten in der Höhe von 32,99 vH des Bezugsansatzes und
  2. 2. Personen im Ausbildungsdienst ab dem 13. Monat dieser Wehrdienstleistung in der Höhe von 48,23 vH des Bezugsansatzes.
2. (1a) Personen im Ausbildungsdienst gebührt ab dem 13. Monat dieser Wehrdienstleistung je Kalendermonat eine Ausbildungsprämie während
  1. 1. der Truppenoffiziersausbildung in der Höhe von 12,60 vH des Bezugsansatzes und
  2. 2. der Unteroffiziersausbildung an Akademien und Schulen des Bundesheeres sowie während sonstiger Kurse und Praktika im Rahmen dieser Ausbildung in der Höhe von 4,36 vH des Bezugsansatzes.
3. (1b) Personen im Ausbildungsdienst gebührt ab dem 13. Monat dieser Wehrdienstleistung je Journaldienst eine Journaldienstvergütung für
  1. 1. Journaldienste, die an einem Werktag beginnen und an einem Werktag enden, in der Höhe von 5,76 vH des Bezugsansatzes und
  2. 2. Journaldienste, die an einem Sonn- oder Feiertag beginnen oder an einem Sonn- oder Feiertag enden, in der Höhe von 11,52 vH des Bezugsansatzes.

(Anm.: Abs. 2 aufgehoben durch Art. 1 Z 5, BGBl. I Nr. 126/2021)

(Anm.: Abs. 3 aufgehoben durch BGBl. I Nr. 58/2005)

4. (4) Endet der Ausbildungsdienst eines Wehrpflichtigen vor Ablauf des zwölften Monats dieser Wehrdienstleistung vorzeitig, so gilt Folgendes:
  1. 1. Bei einer Beendigung vor Ablauf des sechsten Monats einer Wehrdienstleistung hat der Wehrpflichtige dem Bund einen Betrag zu erstatten in der Höhe von 28,58 vH des Bezugsansatzes für jede vollständig angefallene Monatsprämie nach Abs. 1, die in den ersten sechs Monaten einer Wehrdienstleistung dieses Wehrpflichtigen angefallen ist. Für nur teilweise angefallene Monatsprämien gilt dies nur für den jeweils verhältnismäßigen Teil dieser Geldleistung.
  2. 2. Bei einer Beendigung zu einem späteren Zeitpunkt hat der Wehrpflichtige dem Bund einen Betrag zu erstatten wie folgt:

| Beendigungszeitpunkt                                    | Höhe des Erstattungsbetrages            |
|---|---|
| bis zum Ablauf des 7. Monates einer Wehrdienstleistung  | einer fiktiver Betrag nach Z 1 mal 0,86 |
| bis zum Ablauf des 8. Monates einer Wehrdienstleistung  | einer fiktiver Betrag nach Z 1 mal 0,71 |
| bis zum Ablauf des 9. Monates einer Wehrdienstleistung  | einer fiktiver Betrag nach Z 1 mal 0,57 |
| bis zum Ablauf des 10. Monates einer Wehrdienstleistung | einer fiktiver Betrag nach Z 1 mal 0,42 |
| bis zum Ablauf des 11. Monates einer Wehrdienstleistung | einer fiktiver Betrag nach Z 1 mal 0,29 |
| bis zum Ablauf des 12. Monates einer Wehrdienstleistung | einer fiktiver Betrag nach Z 1 mal 0,14 |

1. 3.
  1. (5) Abs. 4 gilt nicht bei einer vorzeitigen Beendigung des Ausbildungsdienstes wegen
    1. 1. Dienstunfähigkeit nach § 30 Abs. 3 WG 2001 oder
    2. 2. einer erfolgten Geburt nach § 38b Abs. 5 WG 2001 oder
    3. 3. einer unmittelbar daran anschließenden Aufnahme in ein Dienstverhältnis zum Bund als Soldat nach § 1 Abs. 3 Z 2 WG 2001.

In Kraft seit 01.08.2021 bis 31.12.9999

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)